Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchen es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlin's bei allen Post-Anstalten des deutschen Reichs, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Belgiens, der Niederlande (Holland), Rußlands, Dänemarks, Schwedens und Norwegens und der Donaufürsten; in Berlin bei der Expedition Jerusalemerstr. 48/49; Filiale Friedrichstadt: Friedrichstr. 66; Filiale Königstadt: Königstr. 55; Filiale Louisenstadt: Prinzenstr. 41; bei allen Zeitungsspeditoren und Stadtpostämtern.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst dem illustr. Wochblatt „ULK“, der illustr. Montags-Beilage „Heiteres“, der „Deutschen Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau u. Hauswirthschaft“ vierteljährlich 5 M. 25 Pf., monatlich 1 M. 75 Pf. (für Berlin incl. Botenlohn, bei separater Zustellung des Abendblattes 2 M.); für das Ausland direct pr. Kreuzband 14 Mk. p. Quart. — Inseratenpreis Zeile 50 Pf. (Berliner „Stadt-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstr. 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstr. 66, Königstr. 55, Prinzenstr. 41 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nr. 170. **Berlin, Sonntag, den 3. April 1887.** **XVI. Jahrgang.**

„Kommunal-Sozialismus.“

Jetzt wissen wir es — „Kommunal-Kommunisten“ sind wir! Die Norddeutsche Allgemeine hat es ja gesagt, und da muß es wohl wahr sein! Weil wir die von der biedern Norddeutschen selbst als „gutgemeinter Vorschlag“ bezeichnete Forderung aufgestellt haben, die große Gemeinde Berlin solle zur Abhilfe der Wohnungsnoth mit dem Bau von Wohnhäusern mit kleinen Wohnungen vorgehen und diese für mäßige, die Selbstkosten nicht erheblich übersteigende Preise vermiethen, beschuldigt uns die wackere „Norddeutsche“ des Kommunal-Kommunismus.

Hat sie wohl einen Begriff von der Bedeutung des Wortes „Kommunismus“? Kennt sie den ungeheuren Unterschied zwischen den Systemen des Kommunismus und des Sozialismus? Es scheint nicht so, denn zum Schluß ihres liebenswürdigen Artikels verwandelt sie mit der ihr eigenartigen Logik die Beschuldigung des Kommunal-Kommunismus in diejenige „kommunal-sozialistischer Anwandlungen“. Mit der „Norddeutschen“ kämpfen Götter selbst vergebens, wir wollen uns deshalb gegen die Beschuldigung kommunal-sozialistischer Anwandlungen um so weniger vertheidigen, als wir uns nicht nur kommunal-sozialistischer Anwandlungen schuldig wissen, sondern bei unserer Forderung voll und ganz auf dem Boden eines gesunden Kommunal-Sozialismus stehen.

Je energischer wir unsere Stimme erhoben haben und erheben werden gegen einen krankhaften, in nebelhafte Utopien sich verlierenden Staatssozialismus, desto kräftiger sind wir stets eingetreten und werden wir auch ferner eintreten für die praktisch durchführbaren Aufgaben eines gesunden Kommunal-Sozialismus, auch auf die Gefahr hin, daß durch eine aus Böswilligkeit oder Unwissenheit entstandene Begriffsverwirrung wir des Kommunal-Kommunismus beschuldigt werden.

Das Wort Kommunal-Sozialismus ist vielleicht neu, der Begriff ist es nicht, er hat längst seinen Ausdruck sogar in der Gesetzgebung erhalten. Indem der Staat der Gemeinde die Fürsorge für ihre Armen und Kranken übertrug, ihr die Erhaltung der Volksschulen zur Pflicht machte, erkannte er an, daß die Gemeinde in freier Selbstverwaltung die Befähigung habe, die großen sozialen Aufgaben zu erfüllen, deren Erfüllung der durch ein zahlloses Heer bezahlter Beamten gebildeten Staatsverwaltung unmöglich ist.

Die Gemeinde bildet innerhalb des großen Staates eine in sich abgeschlossene Gesellschaft, welche ihre wesentlichsten Interessen selbst verwaltet, und zwar nicht durch ein Heer besoldeter Berufsbeamten, sondern vorzugsweise durch ihre eigenen Mitglieder, die unbesoldeten mit den Gemeinde-Ehrenämtern betrauten Bürger, die, mitten im praktischen Geschäftsleben stehend, die Bedürfnisse aller Bevölkerungsklassen genau kennen. Die freie Selbstverwaltung der Gemeinde ist deshalb sehr wohl geeignet, diejenigen sozialen Aufgaben zu erkennen und zu erfüllen, für deren Erfüllung die mehr oder weniger büreaukratische Staatsverwaltung immer unzureichend sein wird.

Der großen Gesellschaft, welche die Gemeinde bildet, liegt die Pflicht ob, für die Förderung der Interessen aller ihrer Mitglieder nach Kräften zu sorgen, allen Klassen der Bevölkerung ihre Fürsorge zu widmen, und sie kann diese Pflicht in weitgehendem Maße erfüllen, weil alle Klassen der Bevölkerung bei der Selbstverwaltung direkt oder indirekt betheiligt sind. Wie weit eine solche Verpflichtung geht, hat die Gesetzgebung nicht vorzusehen vermocht, sie hat nur ein Minimum der Pflicht vorgeschrieben, über welches weit hinauszugehen der Gemeinde freigelassen ist.

Die aus freier Wahl der Bürgerschaft hervorgegangenen städtischen Behörden Berlins sind sich schon seit langer Zeit, — seit sie vor mehr als 25 Jahren den Bann des konservativen Drucks durchbrochen haben, — bewußt, daß es ihre Aufgabe ist, in der Fürsorge für die Interessen aller Klassen der Bevölkerung weit über die Grenze der gesetzlich ihr auferlegten Verpflichtungen hinauszugehen. Sie haben im wohlverstandenen Interesse der ganzen Gesellschaft sich stetig bemüht, vorzugsweise die Interessen der ärmeren Klassen zu fördern, diesen die weitgehendste Fürsorge weit über die Verpflichtungen der gesetzlichen Armenpflege hinaus zu widmen. Ein glänzendes Zeugniß hierfür bieten: die Entwickelung unserer Armenverwaltung, die Altersversorgung zahlreicher Armen und Kranken in städtischen Stiftungen, Hospitälern und Siechenhäusern, unsere großartigen, vortrefflichen Krankenhäuser, vor Allem unsere in aller Welt als musterhaft bekannten Gemeindeschulen, die Fortbildungsschulen und alle die zur Förderung der Bildung der arbeitenden Klassen geschaffenen zahlreichen Institutionen. Wenn die Stadt Berlin von 28,832,065 Mark Einkommen, welches durch Steuern erzielt wird, nicht weniger als 20,385,441 Mark, also 71 Prozent in diesem Jahre, allen den zu Gunsten der ärmeren Bevölkerung gewidmeten Institutionen opfert, so ist dies wohl ein charakteristisches Zeichen dafür, daß die städtischen Behörden Berlins thatsächlich einem praktischen, gesunden Kommunal-Sozialismus huldigen. Sie wissen, daß mit der Hebung der ärmeren Klassen die ganze Gesellschaft gehoben wird. Alle Maßregeln, welche darauf hinzielen, die arbeitende Bevölkerung gesund und arbeitskräftig zu erhalten, sie zu schützen vor Noth und Elend, ihr ein möglichst sorgenloses Leben zu schaffen, ihr die Schätze geistiger Bildung zu öffnen, sind Maßregeln, getroffen zu Gunsten der ganzen Gesellschaft, Ausflüsse eines gesunden Kommunal-Sozialismus.

Es ist viel geschehen in der Stadt Berlin in den letzten 25 Jahren, aber die großartige Entwickelung unserer Stadt bedingt es, daß die Aufgaben unserer städtischen Verwaltung mit derselben wachsen, daß aus dem Wachsthum der Stadt sich stets neue Bedürfnisse erzeugen.

In der guten alten Zeit war das Wort Wohnungsnoth unbekannt, heut ist es in Aller Mund, heut steht die Wohnungsnoth als drohendes Gespenst vor uns, heut wissen wir, daß sie die ärmere Bevölkerung zwingt, entweder obdachlos zu bleiben oder sich zusammen zu drängen in enge, krankheiterzeugende Räume. Wir wissen, daß sie den Gesundheitszustand der gesammten städtischen Bevölkerung gefährdet, daß sie ansteckende Krankheiten erzeugt und verbreitet, daß sie tief entsittlichend wirkt, daß sie die unglücklichen, ihr Verfallenen arbeitsunfähig macht und zur Verzweiflung treibt. Wenn es eine gesetzliche Pflicht der Gemeinde ist, die arbeitsunfähigen Armen zu unterstützen, die Erkrankten in ein Krankenhaus aufzunehmen und zu verpflegen, dann ist es sicherlich eine noch viel dringendere moralische Verpflichtung, der Ursache der Verarmung und der Erkrankung — der Wohnungsnoth — nach Kräften vorzubeugen!

Die Forderung, daß zur Verhütung der Wohnungsnoth die Stadtgemeinde energisch mit dem Bau von Wohnhäusern mit mittleren und kleinen Wohnungen vorgehe, ist ein Ausfluß des gesunden Kommunal-Sozialismus. Wir halten sie aufrecht und lassen uns nicht beirren durch den Einwurf, daß die ohnehin mit Geschäften überlastete städtische Verwaltung unmöglich noch den Bau zahlreicher Wohnhäuser und die Vermiethung von vielleicht Tausenden von kleinen Wohnungen sich aufbürden könne. Für die Erfüllung jeder neuen Aufgabe finden sich durch die Selbstverwaltung die geeigneten Kräfte innerhalb der Bürgerschaft.

Freudig wird sicherlich die Stadtverwaltung die Unterstützung von Vereinen begrüßen, welche sich bilden werden, um ihr den Bau und die Verwaltung von Wohnhäusern mit kleinen Wohnungen zu erleichtern, wie sie seiner Zeit freudig auch die Entstehung des „Vereins gegen Verarmung und Bettelei“ begrüßt hat. Wir lassen uns in unserer Forderung auch nicht durch das Bedenken beirren, die Stadt habe gegenwärtig so viele große Aufgaben zu erfüllen, daß sie unmög-

Unverstandene Frauen.*)

Novelle

von

Karl Wartenburg.

[7. Fortsetzung.]

Georg Braun hatte ein starkes Aneignungsvermögen und ein gutes Gedächtniß, zwei Dinge, die in Verbindung mit der gesellschaftlichen Gewandtheit, die er sich erworben, die Mängel seiner Bildung sehr verhüllten. Er hatte vor wenigen Tagen in einem Roman eine ganz ähnliche Redensart gelesen.

Ueber Frau Fannys Züge flog es bei der Antwort des Tenoristen wie Morgensonnenschein.

„Werden wir das Glück haben, Sie bald in Hamburg bewundern zu dürfen?“ fragte sie.

Georg Braun streifte den linken Handschuh ab, strich mit der großen ringfunkelnden und mit Reispuder abgeriebenen Hand über die Stirn und antwortete, anscheinend mehr für sich, als zu Frau Fanny sprechend:

„Hamburg? Hamburg? Ich glaube nicht, daß mein Agent mit dort abgeschlossen hat, gnädige Frau. Aber da es Ihr Wunsch ist, so werde ich schon morgen ihn beauftragen, sofort mit Pollini über ein Gastspiel in Verhandlung zu treten. Sie wohnen in Hamburg?“ fügte er hinzu.

Fanny bejahte, erzählte von ihrer schönen Villa in der Nähe der Alsenhorst, und da sich in diesem Augenblick ihr Mann näherte, so stellte sie die beiden Herrn einander vor.

Herr Adolf Lübecke war natürlich gleichfalls sehr erfreut, die Bekanntschaft des Herrn Braun zu machen, der in seiner Werthschätzung noch höher stieg, als er das bunte Bändchen im Knopfloch bemerkte. Denn der hanseatische Republikaner war nicht unempfindlich gegen eine solche Auszeichnung. Er lud Herrn Braun ein, ihn ja in Hamburg gleich zu besuchen, und Herr Georg Braun versprach es, worauf er sich verbeugte und sich einem an ihn herantretenden Herrn zuwendete, der sich selbst als Professor Kiesewetter und musikalischer Referent vorstellte. Professor Kiesewetter drückte dem Tenoristen kräftig die Hand, sprach über Richard Wagner, Hector Berlioz, über italienische und deutsche Musik, über die Einflüsse der Musik auf das Kulturleben der Völker, über die Aufgaben einer wahren Kritik, und als der Tenorist, der zu Allem mit dem Kopfe genickt oder ja gesagt, seine Verbeugung machte, um seine Begrüßung der andern Gesellschaft fortzusetzen, schied der Kritiker mit der Ueberzeugung von ihm, daß Herr Braun einer der Männer sei, welche auf der Höhe der modernen Bildung stehen.

Der Tenorist aber, froh, dem Fegefeuer des Kritikers nun entgangen zu sein, wollte sich eben einer jungen, schüchtern in eine Fensternische sich schmiegenden blonden Frau mit sanften, schmachtenden Augen nähern, als die Dame des Hauses mittheilte, daß angerichtet sei, und die Herrschaften ersuchte, Platz zu nehmen.

Zu seiner angenehmen Ueberraschung bemerkte der Tenorist, daß er seinen Platz zwischen Frau Fanny Lübecke und der reizenden, schüchternen Blondine mit den schwärmerisch blickenden blauen Augen hatte.

Er erfuhr, daß sie Elsa Weber heiße, daß sie schon seit ihrer Mädchenzeit zu seinen Bewunderinnen gehöre, daß sein George Brown und Troubadour ihr unvergeßlich schöne Stunden geschaffen, um so mehr, als sie seit ihrer Verheirathung in einer Fabrikstadt lebe, wo ein sehr prosaischer Geist herrsche, und sie dort wenig Gelegenheit habe, ihre Sehnsucht nach edlem Kunstgenuß zu befriedigen. Um so glücklicher sei sie, daß ein Ruf, der an ihren Mann ergangen sei, sie auf einige Monate nach der Hauptstadt geführt habe. Der Sänger war von dem jungen, sanften Frauchen entzückt, fast noch mehr, als von der üppig schönen, leidenschaftlichen Hamburgerin zu seiner Rechten. Er fand eine mädchenhafte Naivetät in dem Wesen der jungen Frau, gemischt mit einer fast jungfräulichen Schüchternheit, die ihn bezauberten. Sie hatte ihm nicht mitgetheilt, welchen Beruf ihr Mann hatte, und er erkundigte sich darnach. Sie sagte es ihm.

„Dort links neben dem Herrn mit dem rothen Vollbart sitzt Albert.“

Georg warf das Monocle in das Auge und fixirte einige Augenblicke Elsas Mann, der mit seinem Nachbar, dem Medizinalrath Dr. Roßmann, in einem lebhaften Gespräch über das neue Sanatorium begriffen war.

Der junge Baumeister hatte keine Anlage zur Eifersucht; er gönnte seiner Frau die Freude, neben dem Sänger, dessen Kunst sie so verehrte, zu sitzen und sich mit ihm zu unterhalten. Außerdem machte er sich einige Vorwürfe, doch zu abweisend gegen die Schwärmerei Elsas gewesen zu sein. Vor Allem aber fesselte ihn sein Gespräch mit Dr. Roßmann, so daß er nur zuweilen einen lächelnden Blick hinüber nach seiner Gattin warf.

Der Medizinalrath verfocht die Ansicht, daß zur Entgiftung des die Kranken umgebenden Dunstkreises, zur Beseitigung der Ausdünstung und anderer Ansteckungsstoffe die Karbolsäure und ähnliche Mittel unentbehrlich seien, während der Baumeister dies entschieden bestritt und behauptete, daß die beste Desinfektion durch frische Luft und Licht herbeigeführt werde. Die Karbolsäure verderbe wieder die Luft und hebe dadurch den Nutzen, den sie nach einer Richtung bringe, auf. Nichts, so behauptete er, übertreffe an Wirksamkeit in der Entgiftung die sauerstoffhaltige Luft und das Sonnenlicht. Der fortwährende Aufenthalt in frischer Luft allein sei schon hinreichend, gegen gewisse Krankheiten zu schützen, nicht deshalb allein, weil dies abhärte, sondern weil die Entwicklung des Ansteckungsstoffes im Freien gehindert sei. Darum habe man auch das sogenannte Barackensystem, welches von großem Nutzen sei, eingeführt.

In vielen Krankenhäusern sei die schlechte Luftbeschaffenheit, der Mangel einer guten Lüftungseinrichtung eine Hauptursache der ungünstigen Genesungsziffer und der langsamen Heilungen. Dies sei bei den gegenwärtigen Einrichtungen ganz natürlich, da die Ausdünstungen der Kranken allmälig das ganze Gebäude durchseuchen müßten. Sein Sanatorium solle vor Allem ein Musterkrankenhaus auch für kleinere Provinzialstädte werden, die nicht in der Lage seien, neue Gebäude für die Krankenpflege aufzuführen, wie dies in großen Städten möglich sei.

Der Medizinalrath entgegnete, daß ihm auch in der Privatpraxis Verschlimmerungen vorgekommen, die man doch nicht auf die schlechte Luft der Krankenhäuser zurückführen könne, er habe

*) Allen neu hinzugetretenen Abonnenten wird auf Wunsch der bis zum Quartalswechsel erschienene Theil dieser Novelle von der Expedition unseres Blattes gratis und franco nachgeliefert.

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 14.